

**Ergebnisprotokoll**

der 22. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses (HPA) sowie  
der 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Energie (WVE)  
(VII. Wahlperiode)  
am 12.02.2010

**Tagungsort:** Sitzungssaal 8 A/B UG beim Planungsverband Frankfurt/Rhein-Main,  
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

**Beginn:** 10:00 Uhr **Ende:** 11:40 Uhr

**Teilnehmer:** Herr Heiko Kasseckert, Vorsitzender des HPA  
Frau Elke Sautner, Vorsitzende des WVE

Herr Berg	Herr Kaufmann i.V.	Herr Müller, U.
Herr Buschmann	Herr Kinkel i.V.	Herr Neubert
Herr Figaj	Herr Kraft	Frau Dr. Reinhardt
Herr Gehrke	Herr Knörr i.V.	Herr Salz
Frau Hechler	Herr Kurzkurt	Herr Schork
Herr Heuser	Herr Lehner i.V.	Herr Schultheis
Herr Hoffie	Herr Lorenz	Frau Streicher-Eickhoff
Herr Herkströter i.V.	Herr Minkel	Frau Voigt i.V.
Herr Horn	Herr Müller, Helmut F.	Herr Winckler
Frau Huf	Herr Müller, H.	Herr Worbs
Herr Jäger	Herr Müller, O. i.V.	

**Fraktionsvorsitzende:** Herr Weinrich

**Mitglieder des Präsidiums:** Herr Kündiger Herr Walther  
Herr Geiß

**Fraktionsgeschäftsführerinnen/  
Fraktionsgeschäftsführer:** Frau Schlüter  
Frau Suffert  
Herr Röttger

**Obere Landesplanungsbehörde:** Herr Regierungspräsident Baron  
Herr Regierungsvizepräsident Dr. Kanther  
Herr Dr. Beck  
Herr Krämer  
Herr Hennig  
Herr Hartz  
Frau Dickel-Uebers

**Gäste:** Herr Neubert  
Herr Herling

**Schriftführerin:** Frau Langsdorf-Roth

**Tagesordnung:**

1. DB-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar  
Information der DB-ProjektBau GmbH zum Gesamtprojekt - **DS VII / 102.0**
2. Antrag der Wissenschaftsstadt Darmstadt auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 zur Ausweisung eines Sondergebietes zur Errichtung eines „Bau- und Heimwerkerfachmarktes als Drive-In“  
**DS VII / 101.0** (liegt bereits vor) und **DS VII / 101.1**
3. Antrag der Stadt Butzbach auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 zur Erweiterung des Sondergebietes „Bau- und Heimwerkermarkt“ innerhalb des Bebauungsplangebietes „Industriegebiet Ost“  
**DS VII / 99.0** (liegt bereits vor) und **DS VII / 99.1**
4. Antrag der Stadt Hofheim am Taunus auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 zugunsten einer Erweiterung des IKEA-Einrichtungshauses einschließlich eines Homeparks in Hofheim-Wallau  
**DS VII / 87.1** (liegt bereits vor) und **DS VII / 87.2**
5. Bericht der Oberen Landesplanungsbehörde
6. Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses (HPA), **Herr Heiko Kasseckert**, begrüßte die Anwesenden, auch im Namen der Vorsitzenden des WVE, Frau Elke Sautner, zur gemeinsamen Sitzung des HPA und WVE. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist.

**Zu TOP 1:** DB-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar  
Information der DB-ProjektBau GmbH zum Gesamtprojekt - **DS VII / 102.0**

**Herr Mähliß (DB)** erläuterte einleitend zunächst, dass sich bei einigen der den Ausschussmitgliedern in Papierform vorgelegten Präsentationsfolien in den letzten Tagen Veränderungen ergeben hätten. Diese Änderungen hätten sich u.a. auch aus der zeitgleich in Darmstadt stattfindenden Tagung des Projektbeirats ergeben. Die aktualisierten Seiten würden im Anschluss an seine Ausführungen der Geschäftsstelle übergeben, die sie dann an die Ausschussmitglieder weiterleiten könne.

Herr Mähliß informierte sodann ausführlich über den aktuellen Planungsstand der NBS Rhein/Main-Rhein/Neckar.

Zu Beginn der sich an den Vortrag anschließenden Fragen und Diskussion wurde auf den zu TOP 1 eingebrachten Antrag der CDU/FDP-Fraktion verwiesen.

**Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)** wandte ein, dass es sich bei TOP 1 um einen rein informativen TOP handle, für den keine Beschlussfassung vorgesehen sei. Über den Antrag der CDU-Fraktion könne daher heute nicht abgestimmt werden.

**Herr Kasseckert** stellte klar, dass der Antrag der CDU-Fraktion zunächst ausführlich beraten werden kann und die CDU-Fraktion sich dann erklären solle, wie mit dem Papier weiter zu verfahren sei. **Herr Röttger (CDU)** stellte zur weiteren Verfahrensweise klar, dass das von der CDU-Fraktion in die heutige Sitzung eingebrachte Papier nicht TOP der RVS am 19.2. werden solle. Es sei zunächst nur als Diskussionsbeitrag zu verstehen. In der nächsten Sitzung des HPA könne dann dazu eine abschließende Empfehlung abgegeben werden.

Die weitere Diskussion solle sich an den drei Themenblöcken des Antrags orientieren.

**Herr Schork (CDU)** problematisierte zu der im ersten Teil des CDU-Antrags thematisierten „Mannheim Direkt“ Variante, dass bei der Untersuchung der jeweiligen Trassenvarianten die Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Siedlungsstrukturen gegenüber den naturschutzrechtlichen Belangen nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Gerade im Hinblick auf die angedachte Führung im Bereich Lampertheim stelle sich die Frage, ob die bislang ins Verfahren eingebrachte Bündelungstrasse nicht die Bessere sei.

**Herr Figaj (DIE GRÜNEN)** fragte hinsichtlich der Planung im Bereich Lorsch nach, ob die Präferenz der Planer derzeit so einzuschätzen sei, dass an erster Stelle die Variante „Mannheim Direkt“, gefolgt von „Bündelung Ost“ und als letzte Möglichkeit die Variante „Bündelung West“ stehe? Eine weitere Frage bezog sich auf die immer noch existente Forderung nach einer langen bergmännischen Untertunnelung im Kreuzungsbereich der A 67/B 47 in Lorsch.

**Frau Huf (DIE GRÜNEN)** interessierte sich dafür, inwieweit beim Vergleich von „Mannheim direkt“ und der Bündelungstrasse neben den Natura 2000 Flächen auch die Neuzerschneidung der Landschaft gegenüber der Trassenführung entlang einer bestehenden Autobahn gewichtet worden sei.

**Herr Mähliß** beantwortete diese Fragen zusammengefasst dahingehend, dass die Natura 2000 Vorgaben dem von der Bahn ursprünglich präferierten Vorhaben einer Bündelung auf der Westseite der A 67 entgegenstünden. Denkbar sei allenfalls eine Bündelung an der aus Natura 2000 Sicht weniger sensiblen Ostseite der A 67. Da jedoch das Bündelungsprinzip anders als die Natura 2000 Vorgaben nur ein abwägbarer naturschutzrechtlicher Aspekt unter vielen sei, sei derzeit die „Mannheim Direkt“ Variante die am Erfolg versprechendste. Daran könne auch das Schutzgut Mensch nichts ändern. Fragen des Lärms oder der Erholung seien ebenso wie die zusätzliche Inanspruchnahme von Wald- oder

landwirtschaftlichen Flächen rechtlich durch entsprechende Maßnahmen leichter abzuarbeiten als die Natura 2000 Thematik.

Die nachgefragte Untertunnelung im Bereich Lorsch sei allein schon wegen des enormen Flächenverbrauchs, der für die im Mischverkehr zu befahrende ICE-Trasse in zwei getrennten, mit einem Tunneldurchmesser Abstand gelegenen Tunnelröhren, stattfinden müsse, nicht machbar. Auch sprächen die Grundwasserproblematik sowie die extremen Kosten gegen eine Tunnellösung.

**Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)** wollte wissen, ob für die nun diskutierte, erfolgversprechendere „Mannheim Direkt“ Variante, die ja nicht Gegenstand des bereits durchgeführten Raumordnungsverfahrens gewesen sei, ein neues Raumordnungsverfahren erforderlich sei.

**Herr Mähliß** führte aus, dass im Rahmen der Stellungnahme zu dem in Aufstellung befindlichen neuen Regionalplan Südhessen (RPS) alle Unterlagen vorgelegt worden seien, um die „Mannheim Direkt“ Variante seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt ohne ein neuerliches Raumordnungsverfahren in den neuen RPS mit aufnehmen zu können.

**Herr Hennig** merkte dazu an, dass die mit der Stellungnahme zum neuen RPS von der DB vorgelegten Unterlagen nicht die Qualität der im Raumordnungsverfahren vorgelegenen Unterlagen hätten. Auch mangle es an einem entsprechenden Beteiligungsverfahren. Zwar werde der Wunsch der DB, die „Mannheim Direkt“ Variante in den neuen RPS mit aufzunehmen, geprüft, ob die Unterlagen jedoch als Entscheidungsgrundlage ausreichen, sei fraglich.

**Herr Hoffie (FDP)** fragte zu der im 2. Teil des CDU-Papiers thematisierten Anbindung des Stadions über den Frankfurter Hauptbahnhof nach, ob bei der Planung der ICE-Trasse ein Ausbau des Knotens Stadion vorgesehen und somit eine Entflechtung von Nah- und Fernverkehr zu erwarten sei.

**Herr Heuser (CDU)** bat Herrn Mähliß, bei der Prüfung der Frage eines möglichen Ausbaus des Knotens Stadion, die künftige Veränderung der Einschleifung der S 8/S 9 am Flughafen im Bereich Gateway-Gardens mit zu berücksichtigen.

Zur Beantwortung dieser detaillierten Fragen wurde Herr Mähliß um schriftlichen Bericht erbeten.

**Herr Gehrke (CDU)** stellte zum dritten Themenkomplex des CDU-Papiers ausführlich die Position der Stadtverordneten der Stadt Darmstadt zur Anbindung Darmstadts dar, die mit

der aktuell als Konsens deklarierten Lösung nicht übereinstimme. Die konzipierte Anbindung über einen neuen Bahnhof West bedeute enorme Zeitverluste im Reiseverkehr. Eine Führung der ICE-Trasse über den Darmstädter Hauptbahnhof sei in dieser Hinsicht wesentlich effizienter und –wie eine entsprechende Studie des Zentrum für integrierte Verkehrssysteme (ZIV) belege- für die Bahn im Übrigen auch kostengünstiger.

**Herr Mähliß** führte dazu aus, dass die vorgenannte Studie auch aussage, dass es für die Bahn am kostengünstigsten sei, Darmstadt überhaupt nicht an die ICE-Strecke anzubinden. Alle bislang für und mit der Stadt Darmstadt gesuchten Lösungen seien letztlich an neuen Forderungen der Stadt gescheitert. Auch zu dem nun festgehaltenen Konsens sei nachträglich noch der Wunsch nach einer Untertunnelung von Kasernengelände erhoben worden. Eine Anbindung durch bebaute Ortslagen stoße, wie vergleichbare Fälle zeigten, auf enormen Widerstand seitens der Bevölkerung und sei ausgesprochen problematisch zu realisieren.

**Herr Salz (DIE GRÜNEN)** fragte nach, wer für die Finanzierung der Anbindung Darmstadt West zum Hauptbahnhof (Herstellungs- wie auch Betriebskosten) verantwortlich sei.

**Herr Hoffie (FDP)** meinte, dass der auf der Präsentationsfolie noch vorhandene Zusatz „Risiko der Nichtfinanzierung durch Bundesfinanzministerium“ im Falle der Anbindung Darmstadt West obsolet sei. Es sei doch wohl von einer gesicherten Finanzierung dieser Konsenstrasse auszugehen.

**Herr Mähliß** geht ebenfalls davon aus, dass die Finanzierung der Konsenstrasse grundsätzlich gesichert sei. Der Vorbehalt beziehe sich auf die Finanzierbarkeit der geforderten Untertunnelung des bundeseigenen Kasernengeländes. Diese sei nicht geklärt. **Herr Kasseckert** geht davon aus, dass sich Antworten auf diese Fragen dem Protokoll der zeitgleich stattfindenden Sitzung des Projektbeirats entnehmen lassen werde. Er bittet die Geschäftsstelle, das Protokoll zu besorgen.

**Frau Streicher-Eickhoff (DIE GRÜNEN)** problematisierte u.a. auch die Finanzierungsfrage. Es sei widersprüchlich, dass für die Betriebskosten des Bahnhofs Darmstadt West die Stadt Darmstadt bzw. die Region aufkommen müsse, während der betriebliche Nutzen der Bahn zugute komme.

**Herr Mähliß** wies darauf hin, dass die Finanzierung eines Bundesverkehrswegeobjektes nicht auch den Nahverkehr umfassen könne. Nahverkehr sei Ländersache.

**Herr Gehrke (CDU)** wollte wissen, ob es richtig sei, dass gem. Bundesverkehrswegeplan die Trasse über den Darmstädter Hauptbahnhof zu führen sei. Von einer Konsenstrasse sei darin jedenfalls nicht die Rede.

**Herr Mähliß** stellte klar, dass sich die zitierte Fußnote nicht im Bundesverkehrswegeplan, sondern im Bundesschienausbaugesetz wiederfände. Im Gegensatz zu den Ausführungen zur Anbindung Mannheims, nach denen „der Schienenpersonenfernverkehr über den Hauptbahnhof zu führen ist“, sei zu Darmstadt lediglich formuliert, dass „die Region Starkenburg über den Hauptbahnhof an das Fernverkehrsnetz anzubinden ist“. Ursprünglich hätte es zu beiden Städten gleichlautende Formulierungen gegeben, nach einer Bundestagsdebatte zu diesem Thema seien die Ausführungen zur Anbindung Darmstadts jedoch entsprechend modifiziert worden.

**Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)** interessierte sich dafür, ob es Simulationen zu denkbaren Anbindungsmöglichkeiten und deren jeweilige Auswirkungen auf die Reisezeit gäbe.

**Herr Mähliß** wies darauf hin, dass die Bahn Infrastruktur schaffe, die für jedermann nutzbar sei. Sie sei jedoch nicht in der Lage, alle denkbaren und zeitoptimierten Lösungen zu überprüfen.

**Herr Gehrke (CDU)** wies noch einmal auf die in der zitierten ZIV-Studie errechnete Kostenersparnis für die Bahn, im Falle einer unmittelbaren Anbindung des Darmstädter Hauptbahnhofes, hin.

**Herr Kasseckert** fasst zum Ende der Aussprache zusammen, dass

- der Antrag der CDU/FDP-Fraktionen in der nächsten HPA-/ RVS-Sitzung im April/Mai behandelt werden soll
- die Bahn einen schriftlichen Bericht zur S-Bahn-Situation im Bereich Frankfurt nachreichen möge
- die Geschäftsstelle gebeten werde, der Einladung zur nächsten Sitzung das Protokoll der heutigen Sitzung des Projektbeirats in Darmstadt beizufügen.

Die Sitzung des WVE-Ausschusses endet mit diesem TOP um 11.30 Uhr.

**Zu TOP 2:** Antrag der Wissenschaftsstadt Darmstadt auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 zur Ausweisung eines Sondergebietes zur Errichtung eines „Bau- und Heimwerkerfachmarktes als Drive-In“  
**DS VII / 101.0** (liegt bereits vor) und **DS VII / 101.1**

Dazu wurde eine um die Maßgabe „Bei der Änderung des Bebauungsplans ist die Frage der Erhöhung des Gefährdungspotenzials im Sinne des § 50 BImSchG bzw. Artikel 12 der Seveso-II-Richtlinie vertieft zu untersuchen.“ ergänzte und insoweit geänderte 1. Seite der DS VII/101.1 verteilt.

**Herr Baron** erläuterte diese auf Bitte des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung aufgenommene Maßgabe. Die Seveso II Problematik sei in der Begründung der Vorlage bereits ausführlich behandelt worden. Mit der Aufnahme der Maßgabe solle ein weiteres deutliches Signal an die Stadt Darmstadt gehen, hier entsprechend tätig zu werden.

**Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)** fragte nach, warum es nicht seitens der oberen Landesplanungsbehörde selbst bereits für notwendig erachtet worden sei, eine solche Maßgabe zu formulieren.

**Herr Baron** führte aus, dass eine solche Maßgabe im Rahmen der auf Fragen der Raumordnung beschränkten Abweichungsentscheidung für nicht zwingend erachtet worden sei, da die immissionsschutzrechtlichen Fragen im weiteren Bauleitplanverfahren zu klären seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Kasseckert** über die durch die Maßgabe ergänzte **DS VII/101.1** abstimmen:

**Beschluss:**

**Der HPA stimmt der durch die Maßgabe ergänzte DS VII / 101.1 einstimmig zu.**

**Zu TOP 3:** Antrag der Stadt Butzbach auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 zur Erweiterung des Sondergebietes „Bau- und Heimwerkermarkt“ innerhalb des Bebauungsplangebietes „Industriegebiet Ost“ **DS VII / 99.0** (liegt bereits vor) und **DS VII / 99.1**

**Herr Salz (DIE GRÜNEN)** fragte nach, ob das vom Planungsverband angeregte kommunale Einzelhandelskonzept, das den gesamten Bereich Am Hetgesborn städtebaulich neu ordnen sollte, zwischenzeitlich erstellt worden sei.

**Herr Herling (Stadt Butzbach)** gab an, es gebe kein klassisches Einzelhandelskonzept, jedoch aktuelle Potenzialanalysen und Standortbetrachtungen, die auf das Regionale Einzelhandelskonzept projiziert worden seien, mit dem Ergebnis, dass keine Erweiterungen an anderer Stelle erfolgen würden. Vielmehr werde der Einzelhandelsstandort Butzbach Ost (Am Hetgesborn) künftig qualitativ aufzuwerten sein.

**Herr Salz (DIE GRÜNEN)** regte an, zum Schutz der Butzbacher Innenstadt die innenstadtrelevanten Randsortimente des Bau-und Heimwerkermarktes auf 500 qm Verkaufsfläche anstelle der in der Vorlage unter Ziffer 2 genannten 700 qm zu reduzieren und stellte einen entsprechenden Antrag zur Änderung der Vorlage.

**Herr Kasseckert** stellte diesen **Änderungsantrag** zur Abstimmung.

**Beschluss:**

**Bei Enthaltung der SPD-Fraktion wird der Antrag einstimmig angenommen.**

Sodann ließ **Herr Kasseckert** über die Vorlage der Oberen Landesplanungsbehörde - **DS VII / 99.1** - in der geänderten Fassung abstimmen.

**Beschluss:**

**Der HPA stimmt der DS VII / 99.1** in der geänderten Fassung **einstimmig zu.**

**Zu Top 4:** Antrag der Stadt Hofheim am Taunus auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 zugunsten einer Erweiterung des IKEA-Einrichtungshauses einschließlich eines Homeparks in Hofheim-Wallau **DS VII / 87.1** (liegt bereits vor) und **DS VII / 87.2**

**Herr Winckler (Stadt Hofheim)** bat um Vertagung der Beschlussfassung, da im Hinblick auf die Beschlussvorlage noch Klärungsbedarf bestehe.

**Herr Herkströter (CDU)** begrüßt erneute Gespräche vor Ort. Er wies darauf hin, dass die Möbelhauserweiterung IKEA nach Auffassung seiner Fraktion in vertretbarem Maße an diesem Standort dar- und vorstellbar sei. Nicht jedoch die zusätzliche Verkaufsfläche des Homeparks, insbesondere nicht mit zentrumsrelevanten Sortimenten.

**Herr Kündiger (DIE GRÜNEN)** äußert sein Unverständnis zu der Vorlage des Regierungspräsidiums, die in seiner Fraktion keine Zustimmung fände. Hier gehe es ja nicht nur um die Erweiterung eines Möbelhauses, sondern um Einzelhandel in einer ganz anderen

Dimension, zu dem ein klares „Nein“ das einzig richtige Votum der oberen Landesplanungsbehörde gewesen wäre.

**Herr Hartz** sieht in der Vorlage des Regierungspräsidiums keine Widersprüche zum REHK. Lediglich das, was mit dem REHK in Einklang zu bringen sei, also Möbel, Möbelzubehör, gegebenenfalls auch Fachmärkte mit nicht innenstadtrelevanten Sortimenten, könne akzeptiert werden. Was für die Stadt Hofheim im Einzelnen innenstadtrelevant sei, lasse sich der Sortimentsliste entnehmen. Darüber hinausgehende Homepark-Sortimentswünsche innenstadtrelevanter Art seien nicht akzeptabel.

**Herr Kasseckert** hielt als weiteren Verfahrensschritt fest:

Die Geschäftsstelle organisiert einen Ortstermin bei und mit IKEA.

**Zu Top 5:** Bericht der Oberen Landesplanungsbehörde

**Herr Baron** stellte zunächst Herrn Dr. Beck als neuen Leitern der Abteilung III vor.

Zum Energiekonzept der Landesregierung führte er aus, dass Frau Ministerin Lautenschläger hier bereits Eckpunkte vorgestellt habe, die von der Landesregierung noch weiter ausgearbeitet würden. Für die nächste Sitzungsrunde wurde dazu eine entsprechende Vorlage angekündigt.

**Zu TOP 6:** Mitteilungen und Anfragen

Da dazu keine Wortmeldungen vorlagen, beendete Herr **Kasseckert** um 11:40 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des HPA  
gez.: Heiko Kasseckert

Vorsitzende des WVE  
gez.: Elke Sautner

Schriftführerin  
gez.: Petra Langsdorf-Roth